



Regio Basiliensis

Basel, Oktober 2020

Positionspapier des Vorstands der Regio Basiliensis „Corona und Grenzregion - Lessons Learned“

Die Corona-Pandemie bewirkte eine dreimonatige Grenzschiessung in der Dreiländerregion am Oberrhein. Die Folgen waren einschneidend. Wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich wurde deutlich, wie sehr die trinationale Region verknüpft und zusammengewachsen ist. Die Pandemie stellt eine beispiellose Herausforderung für die Region Oberrhein dar und zeigt die Notwendigkeit eines entschlossenen und umfassenden Handelns im Krisenfall auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie auf Ebene der EU auf. Es muss einerseits alles unternommen werden, um die Krise trinational abgestimmt zu überwinden und zugleich unsere grenzüberschreitende Lebensweise zu wahren. Entsprechend braucht es ein Lobbying auf nationaler und europäischer Ebene für die Anliegen der trinationalen Grenzregion.

Bei der Wirtschaft und Bildung rückte die Grenzschiessung vor allem die Abhängigkeit der Region von Grenzgängern/innen ins Rampenlicht. Es bestand das Risiko, dass den Pendlern der Grenzübertritt verweigert wird oder dass sie zum Einsatz im eigenen Land einbehalten werden. Obwohl der Warenverkehr nie zum Erliegen kam, wurde den Unternehmen in der Region doch klar, dass die Nachbarländer wichtige Absatz- und Beschaffungsmärkte sind. Die Kooperation im Bereich Bildung, Forschung und Innovation kam nahezu zum Stillstand. Viele grenzüberschreitende Linien des öffentlichen Verkehrs wurden eingestellt und an den offenen Grenzübergängen kam es zu Stausituationen.

Gesellschaftlich und kulturell kamen der grenzüberschreitende Austausch und alle Freizeitaktivitäten komplett zum Stillstand. Besuche von Verwandten, Bekannten und Lebenspartnern wurden unterbunden. Die Einreise von Ausländern ohne gültigen Aufenthaltstitel war grundsätzlich verboten. Der grenzüberschreitende Dialog und Austausch der Zivilgesellschaft kamen zum Stillstand.

Auf der politischen und sozialen Ebene konnte man beobachten, wie regionale bzw. grenzüberschreitende Lösungsansätze durch das nationale Notrecht quasi unmöglich gemacht wurden. So führte es zu einer Situation, in der diesseits und jenseits der Grenze völlig inkohärente Massnahmen ergriffen wurden. Diese fehlende Abstimmung ist auch nach der Grenzöffnung noch hochaktuell, wenn man bedenkt, dass die Schweizer Corona-App nicht mit den Apps der Nachbarländer kompatibel ist.

Sich für den nächsten Ernstfall rüsten – Forderungen an die Politik am Oberrhein

Die Regio Basiliensis fordert die politisch Verantwortlichen am Oberrhein und auf nationaler Ebene auf, die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für ein wirkungsvolles Pandemie- und Krisenmanagement in der trinationalen Grenzregion zu schaffen.

Als Sofortmassnahmen sind umgehend

- **ein trinationaler Oberrhein-Krisenstab mit einem Aufgabenbeschrieb und Pflichtenheft für die Koordination der Massnahmen einzusetzen:** Im Ernstfall braucht es einen grenzüberschreitenden Krisenstab und die Festlegung von grenzüberschreitenden Absprachen und Verfahren.
- **die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken:** Es braucht ein abgestimmtes und zweisprachiges Informationsangebot für die Bevölkerung in der trinationalen Grenzregion im Pandemie- und Katastrophenfall.
- **die rechtlichen Grundlagen und Kompetenzen für die regionalen Akteure zu entwickeln:** Die regionale Ebene (Kantone, Bundesländer, Région und Départements) in den drei Ländern muss im Pandemie- und Katastrophenfall in Teilbereichen eigene Entscheidungskompetenzen erhalten, um am Oberrhein in Abstimmung mit den Partnern im Nachbarland entscheiden zu können.

Weitere nächste Schritte und Massnahmen sind:

- **Grenzüberschreitend abgestimmte Pandemie- und Katastrophenplanungen:** Es braucht die zeitnahe Entwicklung und Implementierung eines interregionalen grenzüberschreitenden Pandemieplans.
- **Verstärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Einsatzkräfte und der Katastrophenschutzstäbe:** Mit gemeinsamen Übungen kann die Zusammenarbeit gestärkt und der Dialog verstetigt werden. Zudem muss die trinationale Aus- und Weiterbildung des Führungspersonals verbessert werden.
- **Gesundheitskooperation intensivieren:** Die rechtlichen Hürden für die trinationale Gesundheitskooperation sind abzubauen und Absprachen für die Kooperation im Krisenfall zu treffen.
- **Mobilität im Pandemie- und Katastrophenfall sicherstellen:** Verkehr soweit wie möglich aufrecht erhalten, um Grenzübertritte zu ermöglichen. Für den EuroAirport Basel-Mulhouse sind grenzüberschreitende Entscheidungsstrukturen vorzusehen.
- **Arbeitsverhältnisse von Grenzgängern erleichtern:** Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen für Home-Office und digitale Arbeitsformen, um Grenzgängerinnen und Grenzgänger steuerlich und sozialversicherungsrechtlich nicht zu benachteiligen.

- **Wenn immer möglich, keine Grenzschiessung im Krisenfall:** Die Grenzen müssen jederzeit für die Bevölkerung und Wirtschaft offenbleiben, sofern dies aufgrund der epidemiologischen Lage vertretbar ist.
- **Grenzlage bei Massnahmen zum Aufbau und zur Unterstützung der Wirtschaft berücksichtigen:** Förderinstrumente und Unterstützungsmassnahmen der drei Länder müssen den grenzüberschreitenden Kontext berücksichtigen.

Die Regio Basiliensis richtet diese Forderungen an:

Die Regierungen der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Jura und Solothurn. Die Regierungen der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Die Préfecture der Région Grand Est, die Région Grand Est, das Département Bas-Rhin, das Département Haut-Rhin. Die Aussenministerien von Frankreich, Deutschland und der Schweiz.

Die Regio Basiliensis bringt dieses Positionspapier zur Kenntnis:

Den Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie den grenzüberschreitenden Gremien am Oberrhein.